

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Sitzungstermin: Dienstag, 19.11.2019
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Meinen, Regina

GfE-Fraktion

Kruse, Detlef
Telschow, Silke

(ab 17:02 Uhr)

CDU-Fraktion

Kronshagen, Heinrich
Ringena, Hermann, Dr.

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin

für Uwe Frerichs

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Renken, Bernd

für Andrea Marsal

FDP-Fraktion

Mälzer, Frank

Beratende Mitglieder

Attar, Ziad, Dr.
Hempel, Rainer
Kamer, Stefan
Kröger-Vodde, Erasmus
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian

Vertreter des Integrationsrates
Vertreter des Sozialpsychiatr. Verbundes
Vertreter des DPWV
Vertreter der ev.-luth. Kirchenkr. Emden-Leer
Vertreter der ev.-ref. Gemeinde Emden

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

(von 17:10 Uhr bis 18:30 Uhr)

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

von der Verwaltung

Grendel, Volker
Knochenhauer, Annett
Lisson, Carsten
Müller, Berend
Philipps, Egon
Snakker, Kerstin
Hilbers, Sabine
Imamovic, Edvija

Protokollführung

Rauch, Agnes

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Grendel teilt mit, dass die Verwaltung in Abstimmung der Geschäftsführung des Tagesaufenthaltes den TOP 6 „Vereinbarung über die Ambulante Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten in Tagesaufenthalten“ zurückziehen werde. Weiterhin möchte er Herrn Carsten Lisson als neuen Fachdienstleiter im Fachdienst Wohnen vorstellen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses Gesundheit und Soziales vom 23.09.2019

Beschluss: Das Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 23.09.2020 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 5 Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Kontakt- u. Beratungsstelle "KummRin" Emden
Vorlage: 17/1259

Herr Müller erläutert anhand der Vorlage den Sachverhalt.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Auf die Frage von **Herrn Dr. Ringena** bezüglich der Nutzung dieses Angebotes für Menschen aus dem Umland antwortet **Herr Müller**, dieses Angebot richte sich erst einmal an die Emdener Bevölkerung.

Beschluss: Der Verlängerung der beigefügten Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Verein „Das Boot e. V. – Verein zur Förderung seelischer Gesundheit“ bis zum 31.12.2021 wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Vereinbarung über die Ambulante Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten in Tagesaufenthalten
Vorlage: 17/1260

Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 7 Änderung der Entgeltvereinbarung zwischen dem Sydonalverband Nördliches Ostfriesland und der Stadt Emden, Fachdienst Wohnen, für die Einrichtung Übernachtungsangebot „Alte Liebe“ für Menschen in Wohnungsnot. Anpassung des Übernachtungssatzes auf 51,00 €
Vorlage: 17/1261

Herr Grendel führt aus, er würde an dieser Stelle Herrn Müller-Goldenstedt die Gelegenheit geben, etwas zu der Einrichtung zu sagen.

Herr Müller-Goldenstedt erklärt, das Übernachtungsangebot „Alte Liebe“ sei derzeit um die 50 % ausgelastet. Abends sei immer ein Mitarbeiter vor Ort, der ein sicheres Übernachten gewährleisten kann. Die Übernachtungsgäste könnten sich in der Zeit von 18:30 Uhr bis morgens um 08:00 Uhr dort aufhalten und auch für sich Essen kochen, Fernsehschauen und duschen. Äußerlich sei das Haus ein wenig renoviert worden. Vor Jahren sei das Mobiliar grundlegend und auch ein Teil der Sanitäranlagen erneuert worden.

Bezüglich der Struktur der Nutzung bemerkt Herr Müller-Goldenstedt, hier habe Emden ein ähnliches Verhältnis wie die Großstädte. Ein Drittel der Menschen, die die Übernachtungseinrichtung nutzen würden, kämen aus anderen Ländern. Ebenfalls ein Drittel der Nutzer seien unter 25 Jahren. In diesem Zusammenhang habe man Ende Oktober eine Stichtagszählung zur Obdachlosigkeit im alten Regierungsbezirk Weser-Ems durchgeführt.

Herr Müller-Goldenstedt stellt anschließend die Zahlen anlässlich der Stichtagszählung zur Wohnungslosigkeit vor. Diese Zahlen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Lisson stellt anschließend dar, wie sich der Übernachtungssatz in Höhe von 51 € zusammensetze und aus welchen Gründen er angepasst werden müsste.

Herr Müller-Goldenstedt fügt hinzu, im Sommer 2018 hätten die meisten Menschen, die auf der Straße leben würden, die Übernachtungsmöglichkeit nicht genutzt. Auch der Tagesaufenthalt sei an diesen Tagen kaum genutzt worden. Es sei kein Bedarf an Schutzraum vorhanden gewesen. Aus diesem Grunde seien die Zahlen rapide heruntergegangen.

Herr Grendel ergänzt, letztendlich müsse die Stadt Emden über eine Spitzabrechnung die Kosten voll tragen. Es werde ein feststehendes Angebot mit einer festen Platzzahl vorgehalten. Es würde Jahre geben, wo dieses Angebot stark genutzt werde. Jedoch würde es auch Jahre mit einer geringeren Nutzung geben. Dennoch müsste immer ein Tagessatz ermittelt werden, da es buchungstechnisch für das Jobcenter wichtig sei, dass immer ein geschlossener Tagessatz vorhanden sei, der dann vom Jobcenter entsprechend geleistet werde. Dadurch kämen diese Rechnungen zustande.

Herr Mälzer bemerkt, zweifelsohne müsse man diesen Menschen in Wohnungsnot helfen. Er fragt an, wie viele Betten in der Unterkunft „Alte Liebe“ vorgehalten würden. Außerdem bittet er um Auskunft, wie diese Menschen reagierten, die auf dem Wall oder unter einer Brücke schlafen würden, wenn sie auf diese Sache angesprochen werden.

Herr Müller-Goldenstedt entgegnet, durch die Stichtagzählung habe man die Dunkelziffer ein wenig beleuchten können. Es sei bekannt, dass gerade Frauen sehr häufig prekäre Beziehungen eingehen würden, um nicht wohnungslos zu sein. Wie hoch jedoch die Zahl der Wohnungslosen sei, könne er nicht sagen.

Bezüglich der Frage der Reaktion der Menschen, die auf dem Wall oder auf dem Bahnhof anzutreffen seien, stellt er heraus, hier müsse man zwischen der sogenannten freiwilligen und der unfreiwilligen Obdachlosigkeit unterscheiden. Wenn jemand zur Polizei sage, es bräuhete nicht untergebracht zu werden, dann sei es freiwillig und diese Person könne auch nicht aufgefordert werden, zur Übernachtungseinrichtung zu gehen. Wenn jemand jedoch Hilfe benötige und nicht wisse, wo er schlafen solle, dann bringe ihn die Polizei auch zur „Alten Liebe“ oder zeige den Weg. Dieses müsse man bei den Menschen unterscheiden. Er würde auch immer wieder Menschen ansprechen, die draußen schlafen würden. Doch einige Personen könnten Hilfe nur ganz schlecht annehmen. Sie würden Hilfe nicht erkennen oder seien vielleicht zu häufig enttäuscht worden. Diese Motive seien bei vielen Menschen manchmal schlecht zu erkennen.

Herr Renken stellt fest, von den obdachlos gewordenen Menschen würden rund 10 % die Möglichkeit suchen, in der Übernachtungseinrichtung „Alte Liebe“ unterzukommen. Viele Menschen würden in unzumutbaren Unterkünften oder Wohnungen leben müssen. Er wirft die Frage auf, wie damit umgegangen werde.

Herr Grendel entgegnet, es sei eine Bewertungssache, was ein prekäres und was kein prekäres Wohnverhältnis sei. Er wolle sich dazu nicht äußern. Es stelle sich auch immer die Frage, ob die Menschen dorthin möchten. Wie gerade dargestellt, könnten einige Menschen keine Hilfe annehmen. Natürlich würde es noch andere Gründe geben. In den Einrichtungen sei Alkohol verboten, doch viele dieser Menschen seien alkoholabhängig. Solange draußen angemessene Temperaturen seien, hätten sie dort größere Freiheiten. Auch könne es ein Grund dafür sein, dass die Menschen zu normalen Mietverhältnissen nicht kompatibel seien und deswegen in diese Nische „prekäres Wohnverhältnis“ gehen würden, um sich so auszuleben, wie sie es möchten. Im Tagesaufenthalt seien sie unter einer gewissen Kontrolle. Seiner Meinung nach würde es viele Gründe geben. Eine Diskussion darüber würde hier den Rahmen sprengen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

Er sei der Ansicht, dass man einerseits mit dem Angebot über diese Einrichtung und den zusätzlichen Obdachlosenwohnungen schon ein relativ gutes abgestuftes System habe. Dass man damit nicht alle erreichen könne und dass es verbessert werden müsse, sei allen klar. Daher versuche man, entsprechende Angebote zu schaffen.

Herr Dr. Ringena bemerkt, er habe sich im vergangenen Sommer die Obdachlosenunterkunft „Alte Liebe“ angesehen und hätte die Gelegenheit gehabt, mit mehreren Obdachlosen persönlich zu sprechen. Diese hätten sich dahingehend geäußert, dass sie bei den Witterungsverhältnissen lieber draußen schlafen würden. So hätten sie ihre Ruhe und würden auch nicht bestohlen und belästigt. Ebenfalls hätten sie sich darüber beklagt, dass sie morgens um 08:00 Uhr bei jedem Wetter die Unterkunft verlassen müssten. Er fragt an, ob es möglich sei, bei schlechter Witterung die Öffnungszeiten etwas auszudehnen.

Herr Müller-Goldenstedt entgegnet, die Übernachtungsunterkunft würde tatsächlich um 08:00 Uhr schließen, doch der Tagesaufenthalt öffne bereits um 08.00 Uhr. Nachmittags schließe der Tagesaufenthalt um 15:00 Uhr und die Übernachtungsunterkunft öffne erst um 18:30 Uhr. Personell sei eine frühere Öffnungszeit nicht abzudecken.

Weiter führt er aus, viele wohnungslose Besucher seien auf diese Unterkünfte angewiesen, weil es kaum noch kleine Wohnungen geben würde. Der hilfeschuchende Kreis der Wohnungslosen stehe auch an letzter Stelle von allen Interessenten, die auf eine kleine und preisgünstige Wohnung angewiesen seien.

Herr Grendel erklärt, es würde durchaus Fälle geben, in denen mehrfach Wohnraum vermittelt worden sei und dass diese Personen am Ende dennoch wieder obdachlos geworden seien. Es würde jede Ausprägung geben.

Auf die Frage von **Frau E. Meyer**, ob die Öffnungszeiten der „Alten Liebe“ ein wenig ausgeweitet werden könnten, antwortet **Herr Müller-Goldenstedt**, in der Winterzeit werde die Unterkunft abhängig von der Witterung früher geöffnet. Auf jeden Fall werde in der Weihnachtszeit und auch an Neujahr später geschlossen. Allerdings könne man keine 7-tägige Öffnungszeit gewährleisten.

Frau E. Meyer bemerkt abschließend, der Bürgerverein Port Arthur/Transvaal veranstaltet einmal im Jahr ein Kohlessen für diese Menschen, die dafür außerordentlich dankbar seien, so dass es eine Freude sei, ihnen etwas zu geben.

Beschluss: Der Änderung des Übernachtungssatzes der in der Vorlage 17/1261 als Anlage beigefügten Entgeltvereinbarung zwischen dem Sydonalverband Nördliches Ostfriesland und der Stadt Emden für das Übernachtungsangebot „Alte Liebe“ für Menschen in Wohnungsnot auf 51,00 € wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

TOP 8 Verlängerung der Vereinbarung mit dem Verein "Das Boot e. V. " über die Sicherstellung der Psychosozialen Betreuung nach § 16a Nr. 3 SGB II
Vorlage: 17/1263

Frau Knochenhauer erläutert die Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Kamer fragt an, aus welchem Grund die Teilnehmerzahl seitens der Stadt gedeckelt werde. Ihm sei bekannt, dass durchaus Bedarf vorhanden sei.

Frau Knochenhauer entgegnet, am 01.01.2016 sei erstmalig eine Vereinbarung geschlossen worden, die 2018 überarbeitet worden sei. Damals sei man von dieser sogenannten Deckelung ausgegangen, welches eine kostenmäßige Entscheidung gewesen sei. Nunmehr könne man Veränderungen feststellen, denen man gerecht werden müsse.

Herr Grendel ergänzt, es bestehe ein Haushaltserfordernis und die notwendigen Ausgaben müssten eingeplant werden. Wenn man nicht in irgendeiner Form Orientierungsgrößen habe, könne man auch nicht planen. Insofern gäbe es immer eine Leistungsgröße. Das bedeute aber nicht, dass man diese nicht verändern könne. Gerade sei signalisiert worden, dass es im Moment bestätigte Annahmen geben würde, dass der Kreis ausgeweitet werden müsse. Die Verwaltung werde im nächsten Jahr mit der entsprechend angepassten Verlängerung wiederkommen.

Beschluss: Der einjährigen Verlängerung der anliegenden mit Vorlage Nr. 17/0707 beschlossenen Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung über die Sicherstellung der Psychosozialen Betreuung nach § 16a Nr. 3 SGB II zwischen der Stadt Emden und dem Verein „Das Boot e. V.“ einschließlich der sich daraus ergebenden Vergütungsanpassung wird zugestimmt. Die sich aus der Vereinbarung ergebenden finanziellen Verpflichtungen in Höhe von rund 41.500 € pro Jahr sind im Budget vorhanden und werden entsprechend übernommen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Vergütungsvereinbarung mit dem Verein Frühförderung Emden e. V. zum 01.01.2020
Vorlage: 17/1273

Frau Snakker erklärt, bereits vor zwei Jahren sei im Ausschuss über die Frühförderung berichtet worden. Heute wolle man über die neue Vergütungsvereinbarung für die nächsten drei Jahre informieren, da die Frühförderstelle im Frühjahr 2019 aufgrund von Kostensteigerungen die Vereinbarung gekündigt habe.

Frau Hilbers führt aus, seit Mitte 2019 befinde man sich in den Verhandlungen. Es sei zu dem Zeitpunkt ein jährlicher Zuschuss von 300.779, 54 beantragt worden. Dieses würde einem Mehraufwand im Vergleich zum Jahr 2018 in Höhe von 24.126,40 € entsprechen. Obwohl dieses zunächst sehr viel erscheine, sei man beim Durchrechnen zu dem Ergebnis gekommen, dass die Betriebskosten über die Jahre relativ stabil geblieben seien. Jedoch seien die Personalkosten angestiegen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Frühförderstellen würden tariflich bezahlt, sodass tarifliche und personelle Anpassungen finanzielle Auswirkungen hätten.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

Frau Hilbers erläutert dann die Situation der Förderförderstelle bezüglich der Dienstwagen und der technischen Ausstattung und stellt abschließend fest, die Stadt Emden wolle nunmehr eine Anpassungsklausel in den Vertrag aufnehmen, um nicht jährlich bei Lohnsteigerungen nachbessern zu müssen. Nach Beendigung der Laufzeit werde frühzeitig mit der Verhandlung für die Vereinbarung ab 2023 angefangen.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen.

Beschluss: Der beigefügten Vergütungsvereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Verein Frühförderung Emden e.V. über die Durchführung von heilpädagogischen Maßnahmen (Frühförderung) ab dem 01.01.2020 wird zugestimmt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Vorstellung Migrations- und Teilhabebericht 2019
Vorlage: 17/1262

Frau Imamovic stellt anhand einer PowerPointPräsentation den Migrations- und Teilhabebericht 2019 vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen

Herr Grendel stellt heraus, dass neben der Darstellung und Bewertung der umfangreichen Angebote in Emden und der auf die Zukunft gerichteten Bedarfsanalyse eine der wichtigsten Botschaften sei, mit wie viel Engagement die vielen Ehrenamtlichen und die hauptamtlich zuständigen Kolleginnen und Kollegen, allen voran Frau Imamovic, diese wichtigen Aufgaben erfüllen. Dieser Bericht sei eine Zusammenstellung von zehn Jahren Migrationsarbeit. Obwohl in diesem Konzept Handlungsansätze beinhaltet seien, sei nur eine Mitteilungsvorlage erstellt worden. Es sei geplant, im kommenden Jahr ein Integrationskonzept aus diesem Bericht zu machen, welches zur Beschlusslage kommen werde.

Herr Mälzer bedankt sich für den hervorragenden Vortrag. Die hier genannten Probleme, die Emden seit 2015 massiv belastet hätten, seien gut gelöst worden. Dennoch käme man immer wieder an Grenzen. Aus seiner Zusammenarbeit mit einigen Flüchtlingen wisse er von den Problemen der Arbeitssuchenden, die ohne beruflichen Hintergrund nach Deutschland kämen. Er erkundigt sich, ob es eine Möglichkeit gebe, denen eine Arbeit zu geben, die diese Menschen auch zufriedenstelle. Abschließend bezieht er sich auf die Aussage, dass die Zahl der Flüchtlinge unter Umständen wieder steigen könne. Er fragt an, ob Emden nach der guten bisher geleisteten Arbeit auch für zusätzliche Aufgaben gerüstet sei.

Frau Imamovic erklärt, es sei wichtig, dass die Menschen von den Ansprechpartnern ernst genommen würden. Dieses sei nicht immer der Fall. Bezüglich der Neuzugewanderten würde sich schon eine Menge tun. Durch die Agentur und das Jobcenter würde die Möglichkeit bestehen, eine Aufstockung zu bekommen, wenn der Verdienst den Lebensunterhalt nicht decken könne. Sie würde Menschen, mit denen sie zusammenarbeite, immer wieder motivieren und ermutigen, auch Tätigkeiten anzunehmen, die zunächst einmal nicht lohnenswert seien. Somit könne zunächst ein Einstieg gefunden werden.

Weiter führt sie aus, in den letzten Jahren habe man viel dazugelernt und gute Vernetzungsstrukturen aufgebaut. Auch sei sie der Meinung, dass die Verwaltung mit den anderen Instituti-

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

onen 2015 vor einer neuen Aufgabe gestanden habe, aus deren Bewältigung man erheblich gelernt habe, sodass man eine ähnliche Situation sicherlich meistern könne.

Herr Grendel führt aus, 89 % der in den letzten Jahren zugewanderten Migranten hätten keinen in Deutschland anerkannten Berufsabschluss, aber nur 34,5 % der Arbeitslosen hätten einen Migrationshintergrund. Es sei nicht so, dass diese Menschen nicht bereit seien, auch Arbeiten anzunehmen, bei denen das Jobcenter noch aufstocke. Auch müsse man bedenken, dass man sich noch in einem Entwicklungsprozess befinden würde. Nicht alle Menschen hätten ihr mögliches Sprach- und Bildungsniveau schon erreicht.

Auf die Frage, ob Emden für die Zukunft gerüstet sei, entgegnet Herr Grendel, dieses würde er zwiespältig betrachten. Zwar habe man gute Erfahrungswerte, doch seien manchmal die Ressourcen nicht mehr vorhanden. Es sei die Idee der integrativen Gemeinwesenarbeit, die Flüchtlingssozialarbeiter nicht zu entlassen, sondern sie anderweitig im Gemeinwesen zu nutzen, damit man sie in der Zeit, wenn erneut mehr Flüchtlinge kämen, wieder stärker in der Integrationsarbeit einsetzen könne.

Abschließend stellt er heraus, dass man in der jetzt wieder etwas ruhiger gewordenen Zeit die Prozesse, die in der Hauptlastphase nicht glatt gelaufen seien, optimieren, erproben und verfestigen müsse, um dann für zukünftige Herausforderungen über schlankere und bessere Prozesse zu verfügen.

Herr Renken ist der Ansicht, es sei deutlich geworden, dass Integration von Zuwanderung eine große Herausforderung für die Stadt Emden und für die ganze Gesellschaft sei. Strategisch müsste man so vorgehen, dass man die Chancen in den Vordergrund rücken müsse. Es sei deutlich geworden, dass Probleme gelöst, aber Chancen genutzt werden müssten. Herr Renken gibt zu bedenken, dass Emden ohne die Zuwanderung in den letzten 6 bis 7 Jahren mit der Einwohnerzahl schon weit unter 50.000 liegen würde.

Bezüglich des Themas Antidiskriminierung stelle sich die Frage, wie man gezielt mit Diskriminierung umgehe, sie erfasse und dokumentiere. Es würde durchaus Vorgehensweisen geben wie die Schaffung einer Antidiskriminierungsstelle. Doch hier frage er sich, ob das vielleicht für Emden zu hochgegriffen sei. Er sei gespannt auf die Vorschläge, die im nächsten Jahren kommen würden.

Frau Imamovic hält das Thema Diskriminierung für sehr wichtig, denn es würde Teilhabe verhindern. Daher sei es notwendig, sich damit zu beschäftigen.

Herr Grendel ist ebenfalls der Ansicht, dass diese Diskussion auf jeden Fall geführt werden müsse. Er gibt zu bedenken, dass man manchmal nur schwer zwischen sachlichen Argumenten und tatsächlicher Diskriminierung unterscheiden könne. Von daher sei dieses ein ganz sensibler Bereich. Antidiskriminierung sei eine Haltungsfrage und das müsse in den Köpfen der Menschen und in der Wahrnehmung verändert werden.

Herr Dr. Attar bezieht sich auf die Aussage, dass 89 % der Ausländer ohne Berufsausbildung seien. Dieses würde seiner Ansicht nach eine Interpretation sein. Er würde viele Leute kennen, die in ihren Heimatländern eine akademische Berufsausbildung abgeschlossen hätten, die in Deutschland nicht ohne Weiteres anerkannt werde. Daher müsse man mit dieser Aussage vorsichtig umgehen.

Weiter bittet er um Klärung bezüglich der Diskrepanz bezüglich der Anzahl der Ausländer und der Hauptherkunftsländer.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

Herr Grendel sagt zu, die Zahlen noch einmal zu kontrollieren. Er gehe aber davon aus, dass sie stimmen würden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 11 Beitritt zur Initiative "Seebrücke - schafft Sichere Häfen";
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.07.2019
Vorlage: 17/1215

Herr Renken führt aus, der von seiner Fraktion im Juli gestellte Antrag sei in der Ratssitzung Anfang November auf Wunsch der anderen Fraktionen noch einmal in den Fachausschuss verwiesen worden.

Er wollte aber noch einmal begründen, warum seine Fraktion diesen Antrag gestellt habe und bittet darum, in der Ratssitzung zu einem gemeinsamen Beschluss zu kommen. Seine Fraktion habe sich dafür entschieden, den abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung für die weitere Diskussion als Grundlage zu nehmen, da dieser dem ursprünglichen Antrag in der inhaltlichen Zielsetzung nicht entgegenstehe und sich dem anschließe, was die mittlerweile 119 Städte und Gemeinden in Deutschland dazu beschlossen hätten. Sie hätten beschlossen, über den Königssteiner Schlüssel hinaus zusätzliche Bootsflüchtlinge in Deutschland aufzunehmen und somit einen Beitrag zu leisten, das sinnlose Sterben im Mittelmeer zu beenden. 24 dieser Gebietskörperschaften kämen aus Niedersachsen und auch zahlreiche Städte und Landkreise aus der hiesigen Region hätten sich mittlerweile dieser Initiative angeschlossen.

Er habe seinerzeit den Antrag gestellt, als das zivile Seenotrettungsschiff Sea-Watch 3 in Italien versucht habe, Bootsflüchtlinge an Land zu bringen. Das sei damals unter ungeheureren Schwierigkeiten verhindert worden und habe in Deutschland zu großer Empörung geführt. Jeden Tag würden im Mittelmeer immer noch Menschen sterben, die sich auf dem Weg aus ihrem Elend heraus auf dem Weg nach Europa machen würden. Mittlerweise seien in den letzten fünf Jahren 15.000 Menschen ertrunken. Seiner Ansicht nach müsse man hier ein Stück Verantwortung übernehmen und sich der Initiative anschließen.

Frau E. Meyer bedankt und bittet um Wortmeldungen.

Herr Grendel erklärt, er freue sich, dass der abweichende Beschlussentwurf der Verwaltung nicht als Gegenentwurf aufgenommen werde. Er habe versucht, die Beschlusslage in Deutschland zu reflektieren und der Intention des Antrages zu folgen, ohne in eine Diskussion über weitergehende rechtliche Verpflichtungen einzugehen.

Er führt weiter aus, es handele sich um den Personenkreis der aus Seenot geretteten Personen, die dann in den Ländern Italien oder Griechenland an Land gehen möchten, dieses häufig nicht dürften, weil diese Länder nicht mit einer ausreichenden Unterstützung von anderen Ländern Europas rechnen würden. Hier müsse ein Abkommen geschlossen werden, dass diese Personen nicht alle in dem Land, wo sie zuerst Aufnahme gefunden hätten, verbleiben, sondern auch angemessen auf andere europäische Länder verteilt würden.

Er betont, es bestehe nicht die Gefahr, dass die Stadt Emden über die Quote hinaus Massen an Menschen aufnehmen müsse. Letztendlich werde auch seitens des Bundes dafür Sorge getragen, dass Zuweisungen der Personen nicht über den Königssteiner Schlüssel laufe, sondern über einen gesonderten Schlüssel für die Kommunen, die sich dafür bereit erklärt hätten.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

Herr Mälzer erklärt, seine Fraktion tue sich etwas schwer mit der Entscheidung. Er stelle sich die Frage, wie weit die Stadt Emden an ihre eigenen Kapazitäts- und Leistungsgrenzen herankomme und wie weit man das dem Bürger vermitteln könne. Zusätzlicher Wohnraum sei schon jetzt nicht vorhanden und auch Arbeitsplätze müssten unter Umständen zur Verfügung gestellt werden.

Weiter bemerkt er, das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer lasse sicherlich keinen Menschen unberührt. Seine Fraktion sei der Meinung, dass sich dieses Problem nicht in Emden lösen könne. Diese Sache müsste über den Bund und über die Europäische Gemeinschaft getragen werden. Auch stelle er sich die Frage, ob es notwendig sei, die bisher gutlaufende Arbeit durch zusätzliche Arbeit zu belasten. Gerade in der Ausländerbehörde würde es eine starke Unterbesetzung geben, sodass viele Anträge lange Zeit auf Bearbeitung warten würden. Abschließend möchte er geklärt wissen, ob es wirklich so sei, dass die Potsdamer Erklärung vom Bund jetzt bereits durchgewunken sei und die Kosten auf jeden Fall übernommen würden.

Herr Grendel entgegnet, die Potsdamer Erklärung sei noch nicht in geltendes Recht umgesetzt. Allerdings beinhalte diese Erklärung, dass man die Geflüchteten unter bestimmten Bedingungen aufnehmen würde. Der Appell an die Bundesregierung sei damit verbunden, dass diese eine Finanzierungsverpflichtung übernehme. Im Grunde genommen sei dieses ein Antrag auf eine gesetzliche Regelung, bei der die Konnexität eingehalten werden müsse.

Herr Dr. Ringena ist der Ansicht, eine unbegrenzte freiwillige Aufnahme tue der Stadt Emden nicht gut. Für ihn sei es Unmenschlichkeit, dass Menschen durch Schleuser ermuntert würden, ihr restliches Hab und Gut einzusetzen, sich auf ein Schiff zu begeben, in der Hoffnung, dort gerettet zu werden. Seiner Meinung nach müsste man sich stärker in dem Ursprungsland engagieren und diese Aktivität von vornherein unterbinden.

Herr Grendel entgegnet, es würden überwiegend deutsche Schiffe die Seenot geratene Personen aufnehmen. Es werde dann erwartet, dass die Länder, die selber hochbelastet seien und wirtschaftlich längst nicht so gut wie Deutschland dastehen würden, diese Menschen aufnehmen sollten. Seiner Ansicht nach gehöre dazu auch Solidarität, dass man bereit sei, einen bestimmten Anteil dieser Personen in Deutschland aufzunehmen. Ansonsten könne man diese Hilfe vor Ort nicht leisten. Er stellt heraus, hier gehe es nicht um einen unregelmäßigen Zugang nach Emden, sondern um die Öffnung eines Weges für einen Teil dieser in Seenot geratenen Menschen durch die Bundesregierung. Es müsse ein Schlüssel für die Verteilung in den Kommunen gefunden werden, die sich für das System „Sichere Häfen“ bereiterklärt hätten.

Herr Grendel weist auf den dritten Absatz im abweichenden Beschlussentwurf hin. Dort sei genau das enthalten, was gerade gesagt worden sei. Natürlich gehe es immer darum, die Fluchtursachen zu verhindern und sich für eine gerechtere und effektivere Entwicklungspolitik einzusetzen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

Herr Dr. Ringena entgegnet, er sei nicht dagegen. Aber Deutschland würde immer Flüchtlinge aufnehmen. Wenn von einer europäischen Solidargemeinschaft gesprochen werde, dann müssten auch die Ostblockländer ihren Teil dazu beitragen.

Herr Götze stellt fest, Deutschland sei eines der reichsten Länder der Welt. Wenn Menschen in Not seien, müsse denen auch aus christlicher Sicht geholfen werden. Weiter führt er aus, der abweichende Beschluss beinhalte nicht, dass nur Emden dafür geradestehen müsse. Viele andere Städte hätten sich ebenfalls dafür ausgesprochen. Von daher sei es ein gutes Signal, wenn man dieses unterstütze.

Herr Renken erklärt, er könne nicht nachvollziehen, wie man darauf komme, dass Emden in Zukunft unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen müsse, wenn dieser Beschluss gefasst werde. Es sei eine europäische Lösung erforderlich. Einzelne Länder könnten die ganze Problematik nicht allein stemmen. Aber Deutschland als das wirtschaftlich stärkste Land habe im europäischen Kontext eine besondere Verantwortung. Seines Erachtens sei es eher beschämend, wenn die Nächstenliebe beim Geldbeutel aufhöre. Er appelliert an die Anwesenden, in der Ratssitzung gemeinschaftlich mit Aurich, Norden und Wittmund für diese Region ein Signal zu setzen.

Herr Mälzer ist ebenfalls der Ansicht, dass die Aufnahme im europäischen Raum nach einem vernünftigen Schlüssel gemacht werden müsse. Dieser Schlüssel müsse dazu führen, dass Deutschland dementsprechend viele Flüchtlinge aufnehme. Im Jahr 2015 sei mehr als genug getan worden, sodass man im Prinzip überrollt worden sei. Das habe zu gewissen Vorbehalten geführt, weil man irgendwann an Kapazitätsgrenzen gekommen sei. Er werde sich heute der Stimme enthalten. Seine Fraktion werde sich aber noch einmal bis zur entscheidenden Ratssitzung besprechen.

Frau E. Meyer lässt über abweichenden Beschluss der Verwaltung abstimmen

Beschluss: Die Stadt Emden schließt sich der internationalen Initiative „Seebrücke – schafft Sichere Häfen“ an. Der Rat der Stadt Emden unterstützt zugleich alle Bemühungen von Land und Bund auf dem Weg zu einer solidarischen und humanitären europäischen Flüchtlingspolitik. Dies heißt im Einzelnen:

- Die Stadt Emden erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Niedersachsen hergestellt.
- Die Stadt Emden fordert die Landesregierung auf, ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge gem. § 23 Absatz 1 AufenthG einzuführen und damit Flüchtenden die legale Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt zu ermöglichen.
- Die Stadt Emden fordert die Landesregierung und die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem. § 23 Absatz 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtlingen dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen illegalisierten Wegen ersparen.
- Die Stadt Emden erklärt sich bereit, zusätzliche Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.
- Zudem setzt sich die Stadt Emden über das Land für die Streichung des Satzes 3 des § 23 Abs. 1 AufenthG ein, wodurch die Zustimmungserfordernis des Bundes für eine Flüchtlingsaufnahme entfielen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration am 19.11.2019

- Die Stadt Emden fordert die Einführung einer eigenständigen Norm zur kommunalen Aufnahme entsprechend dem § 23 Abs. 1 AufenthG zur eigenständigen Aufnahme durch die Länder.

Ergebnis: einstimmig

Ja-Stimmen: 6	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 4
---------------	-----------------	-----------------

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 13 Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.